

Die Last des Erbes



Steuerpolitik. Die Erbschaftsteuer – zu gering oder zu hoch? Diese Frage steht immer wieder im Zentrum hitziger Debatten. Fest steht: Es gibt Handlungsbedarf. Schließlich ist die Steuerlast für Erbende in den vergangenen Jahren aufgrund der Inflation real deutlich gestiegen. Der Staat sollte deshalb die Freibeträge und die Vermögensgrenzen, an denen sich der anzuwendende Steuersatz orientiert, erhöhen. Im iwd-Interview schlägt IW-Steuerexperte Martin Beznoska darüber hinaus eine Reform vor, die die Bürokratie reduziert und mehr Sicherheit für die Erblasser schafft.

—> [Seiten 2-4](#)

Pflegekräfte

Bei einem Zeitarbeitsunternehmen angestellt zu sein, ist für viele Pflegekräfte attraktiv. Würde die Politik diese Beschäftigungsform verbieten, wären die Folgen fatal.

—> [Seiten 10-11](#)

Tarifbindung

Obwohl der Anteil der tarifgebundenen Unternehmen in Deutschland abnimmt, dürften sich künftig eher mehr Betriebe als bisher an einem Tariflohn orientieren.

—> [Seiten 12-13](#)

Wenn die Steuer heimlich steigt

Steuerpolitik. Die Freibeträge der Erbschaft- und Schenkungsteuer sind seit 13 Jahren unverändert. Verbraucher- und Immobilienpreise sind aber deutlich gestiegen – und damit auch die reale Steuerlast für Erbende. Eine Reform ist nötig.

Im Grunde ist die Debatte um die Erbschaftsteuer seit ihrer Einführung im Jahr 1906 stets dieselbe: Für Befürworter einer hohen Besteuerung ist Erben ein leistungsloses und somit ungerecht erhaltenes Einkommen. Die andere Seite verweist darauf, dass dieses Einkommen bereits einmal besteuert wurde – nämlich, als der Vererbende es verdient hat.

Letztmals passte die Politik die Freibeträge, bis zu denen Erbende keine Steuern zahlen müssen, im Jahr 2009 an. Die Freibeträge sollen verhindern, dass sich Menschen für die Annahme des Erbes verschulden müssten. Je enger eine Person mit dem Vererbenden verwandt ist,

desto höher ist der Freibetrag. Ähnlich funktioniert der Steuersatz, mit dem Beträge oberhalb der Grenzen versteuert werden (Grafik Seite 3):

Je nach Verwandtschaftsgrad und Höhe des Betrags liegt der Steuersatz auf vererbtes beziehungsweise verschenktes Vermögen in Deutschland zwischen 7 und 50 Prozent.

Diese progressive Besteuerung ist grundsätzlich berechtigt. Es gibt allerdings ein großes Problem: Seit der Reform 2009 sind die Stufen der Vermögenshöhen, ab denen die jeweiligen Steuersätze gelten, sowie die Freibeträge unverändert. Aufgrund von Inflation und enorm

gestiegenen Immobilienpreisen ist die Erbschaftsteuer damit in den vergangenen Jahren real gestiegen (Grafik):

Gemessen an den gestiegenen Verbraucherpreisen seit 2010 müssten die Freibeträge im Jahr 2023 um rund ein Viertel über ihrem tatsächlichen Niveau liegen.

Auf der Basis des Häuserpreisindex des Statistischen Bundesamts, der die Entwicklung der Immobilienpreise zeigt, müssten die Freibeträge sogar um gut 85 Prozent höher sein.

Ein Rechenbeispiel: Ein Elternteil hat dem eigenen Kind 2009 ein Haus im Wert von 450.000 Euro vererbt. Der Freibetrag liegt in diesem Fall bei 400.000 Euro – das heißt, die Erbschaftsteuer musste nur auf die darüberliegenden 50.000 Euro gezahlt werden. Bei einem Steuersatz von 7 Prozent war eine Zahlung von 3.500 Euro fällig.

Durch die allgemeine Preissteigerung seit 2009 um etwa 25 Prozent ist die gleiche Immobilie aktuell jedoch 562.500 Euro wert. Wird sie erst jetzt vererbt, muss der Erbe bei unverändertem Freibetrag 162.500 Euro versteuern. Die höhere Summe führt zu einem Steuersatz von 11 Prozent, sodass insgesamt 17.875 Euro Steuer anfallen – die Steuerlast hat sich also mehr als verfünffacht, obwohl sich der reale Wert der Immobilie nicht geändert hat.

Der Staat sollte demnach die Freibeträge der Erbschaftsteuer und die Vermögensgrenzen, an denen

Freibetrag der Erbschaftsteuer: Preissteigerungen nicht berücksichtigt

So hoch wäre der 2009 festgelegte Freibetrag der Erbschaftsteuer für ... des Erblassers im Jahr 2023 in Deutschland in Euro, wenn er ab 2010 an diesen Preisindex gekoppelt worden wäre



	Verbraucherpreisindex	Häuserpreisindex	Tatsächlicher Freibetrag
... Ehegatten, Lebenspartner	631.881	931.928	500.000
... Kinder, Stiefkinder, Enkel (falls deren Eltern verstorben)	505.505	745.542	400.000
... Enkel	252.752	372.771	200.000
... Eltern	126.376	186.386	100.000
Andere	25.275	37.277	20.000

sich der anzuwendende Steuersatz orientiert, um mindestens 25 Prozent erhöhen. Dadurch sanken die Erbschaftsteuereinnahmen um schätzungsweise 1 Milliarde Euro, allerdings wäre die ursprünglich beabsichtigte Steuerlast der Bürger wiederhergestellt. Aufgrund der Preisexplosion am Immobilienmarkt wäre auch eine höhere prozentuale Anpassung vertretbar. Um in Zukunft solche heimlichen Steuererhöhungen zu verhindern, sollten die Freibeträge fest an die Preisentwicklung gekoppelt werden.

Das Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz beinhaltet außerdem zwei Sonderfälle, bei denen es ebenfalls Reformbedarf gibt:

Eigenbezug. Von jeglicher Steuerzahlung auf Immobilien freigestellt sind erbende Ehegatten, Lebenspartner, Kinder oder Enkel, die für mindestens zehn weitere Jahre darin wohnen. Sie müssen allerdings innerhalb von sechs Monaten einziehen – danach müssen sie glaubhaft begründen, warum ein Einzug nicht früher möglich war.

Oft erschwert die persönliche Lebensrealität aber einen Umzug innerhalb derart kurzer Zeit – beispielsweise, wenn ein Schulwechsel der Kinder nötig ist. Gerade Objekte, die von älteren Menschen vererbt werden, lassen sich zudem häufig nicht innerhalb eines halben Jahres im nötigen Maß sanieren. Eine Frist

von bis zu einem Jahr würde zu weniger Streitfällen führen und so die Gerichte entlasten und Bürokratiekosten vermeiden.

Betriebsvermögen. Grundsätzlich gelten für Betriebsvermögen die gleichen Steuersätze wie für private Erben. Auf Antrag kann es für mittelständische Unternehmen allerdings – gekoppelt an bestimmte Bedingungen – zu 85 Prozent oder vollständig von der Steuer verschont werden.

Die Regelung soll sicherstellen, dass Unternehmen den Generationenwechsel wirtschaftlich stemmen können, da die Beträge meist deutlich höher sind als bei Privaterben. In einer Studie des ifo Instituts aus dem Jahr 2014 gab rund die Hälfte der 1.729 befragten Familienunternehmen an, dass sie ohne die Klausel beim Übergang in die Unternehmensnachfolge Mitarbeiter entlassen müssten.

Grundsätzlich ist der Ansatz zum Schutz von Arbeitsplätzen sinnvoll, die konkrete Ausgestaltung ist aber sehr komplex und ein häufiger Streitpunkt. Ein Kompromiss wäre, die steuerliche Befreiung bei Betriebsvermögen aufzugeben, dafür aber den darauf zu zahlenden Steuersatz deutlich zu reduzieren und im Sinne einer Flat Tax zu vereinheitlichen.

Die rund 11 Milliarden Euro Erbschaftsteuereinnahmen im Jahr 2021 würde der Staat – wenn er Betriebsvermögen nicht mehr verschont – mit einer Flat Tax für alle Erbenden in Höhe von 10 Prozent erreichen. Eine Steuer von 15 Prozent würde zu Mehreinnahmen von rund 5 Milliarden Euro führen.

Schenkungen und Erbschaften werden progressiv besteuert

Steuersätze auf vererbtes beziehungsweise verschenktes Vermögen in Deutschland in Prozent



Vererbtes/verschenktes Vermögen in 1.000 Euro	Steuerklasse I	Steuerklasse II	Steuerklasse III
Bis 75	7	15	30
Bis 300	11	20	30
Bis 600	15	25	30
Bis 6.000	19	30	30
Bis 13.000	23	35	50
Bis 26.000	27	40	50
Über 26.000	30	43	50

Steuerklasse I: Ehepartner, (Stief-)Kinder, Enkel, Eltern und Großeltern (bei Erbschaften); Steuerklasse II: Geschwister und deren (Stief-)Kinder, Stiefeltern, Schwiegerkinder und -eltern, geschiedene Ehepartner, Eltern und Großeltern (bei Schenkungen); Steuerklasse III: alle sonstigen Erben

Quelle: Erbschaftsteuergesetz © 2023 IW Medien / iwd

IW-Report 24/2023

Martin Beznoska, Tobias Hentze, Björn Kauder: Stellungnahme zu Freibeträgen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer iwkoeln.de/erbschaftsteuerreform

„Eine Flat Tax bietet viele Vorteile“

Interview. Erbe und Schenkungen werden in Deutschland progressiv besteuert. Wie hoch die Abgaben sind, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Warum ein für alle einheitlicher Steuersatz eine bessere Lösung wäre, erläutert **Martin Beznoska**, Senior Economist für Finanz- und Steuerpolitik im Institut der deutschen Wirtschaft.



Foto: IW Medien

Über die Erbschaft- und Schenkungsteuer wird seit Jahren immer wieder diskutiert. Warum?

Die Debatte um diese Steuer ist emotional enorm aufgeladen. Viele finden es ungerecht, wenn Erbende leistungslos Vermögen erhalten, und fordern noch höhere Steuersätze. Vererbende haben aber natürlich ein großes Interesse daran, möglichst viel ihres über die Jahre verdienten – und damit bereits besteuerten – Vermögens in der Familie zu halten.

In diesem Spannungsfeld ist die aktuelle Erbschaft- und Schenkungsteuer der kleinste gemeinsame Nenner – mit jeweils an die Höhe des vererbten Vermögens und den Verwandtschaftsgrad gekoppelten Freibeträgen und Steuersätzen.

Ein Problem der gesetzlichen Ausgestaltung ist die kalte Progression. Mit starr festgesetzten Freibeträgen und Grenzen für die Steuersätze steigt die reale Steuerlast für die Bürger mit der Inflation. Um mehr Einnahmen zu generieren, vergisst die Politik das aber gerne. Damit die ursprünglich angedachte Steuerlast gleich bleibt, müssten die Grenzen regelmäßig an die Preisentwicklung angepasst oder direkt dynamisch daran gekoppelt werden.

Wäre es darüber hinaus nicht gerechter, wenn alle Erben in gleichem Maße besteuert würden – unabhängig vom Verwandtschaftsverhältnis?

Die Orientierung am Verwandtschaftsgrad ist historisch gewachsen und sagt natürlich nicht zwingend etwas darüber aus, wie nahe jemand einer Person steht. Grundsätzlich spricht deshalb nichts gegen einen einheitlichen Steuersatz für alle, eine sogenannte Flat Tax. Das würde auch der Kontroverse um die Steuer Wind aus den Segeln nehmen und die Akzeptanz in der Gesellschaft erhöhen.

Zudem ist aktuell der bürokratische Aufwand sowohl für die Vererbenden als auch für die Finanzämter hoch, obwohl die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer im Vergleich zu anderen Steuerarten eher unbedeutend sind. Eine Flat Tax von beispielsweise 10 Prozent wäre unkompliziert, unbürokratisch und würde die Finanzämter entlasten.

Vererbtes Betriebsvermögen kann unter bestimmten Auflagen um bis zu 100 Prozent von der Steuer verschont werden. Wird hier gegenüber Privatvermögen mit zweierlei Maß gemessen?

Wenn Betriebsvermögen zu stark besteuert werden, können schnell Arbeitsplätze verloren gehen. Im schlimmsten Fall müssen Betriebe sogar dichtmachen. Das führt gesamtwirtschaftlich zu Wertschöpfungsverlust und kann nicht gewollt sein. Vor allem für den Fortbestand von regional verankerten Familienunternehmen sind Verschonungsmöglichkeiten wichtig und richtig.

Aber: Diese Regelungen sind kompliziert und die Auflagen relativ hart. Die Coronapandemie hat gezeigt, wie schwer es für Unternehmen ist, in einer mehrjährigen Krise etwa die Bedingung der konstanten Lohnsumme aufrechtzuerhalten. Deswegen wäre eine Flat Tax auch mit Blick auf Betriebsvermögen wünschenswert. Sie böte mehr Transparenz und gleichzeitig mehr Sicherheit für die Erblasser, die sich so keine Sorgen machen müssten, dass unter Umständen nachträglich Steuern auf ihr Erbe anfallen. Ein pauschaler Freibetrag für Betriebsvermögen – der sich zum Beispiel nach der Zahl der Beschäftigten richtet – sollte trotzdem beibehalten werden, um den Weiterbetrieb kleiner und mittelgroßer Unternehmen nicht zu gefährden.

Reisen auf Rädern

Caravaning. Zum neunten Mal in Folge hat die deutsche Freizeitfahrzeugindustrie ein Wachstumsjahr hingelegt. Doch Lieferkettenprobleme haben das Umsatzplus gebremst. Weil sie auf ein neues Reisemobil teils lange warten müssen, haben die Camper einen neuen Trend gesetzt.

Sie ist zwar nicht auf Rosen, aber doch auf ziemlich üppigem Rasen gebettet: die deutsche Freizeitfahrzeugindustrie. Vor allem die Coronapandemie mit ihren wiederkehrenden Beschränkungen für Hotels, Herbergen und Ferienwohnungen hat den Herstellern von Reisemobilen und Wohnwagen in den Jahren 2020 und 2021 deutliche Umsatzzuwächse beschert. Die große Sause ist aber offenbar vorerst vorbei, auch wenn die Branche für das vergangene Jahr ihr neuntes Umsatzplus in Folge vermelden kann (Grafik):

Im Jahr 2022 setzte die deutsche Caravaningindustrie mit rund 14 Milliarden Euro lediglich 0,5 Prozent mehr um als im Vorjahr.

Im Gebrauchtwagenmarkt gab es nur ein Miniwachstum von 0,1 Prozent: Im Jahr 2022 kauften Kunden für 4,3 Milliarden Euro (plus 0,6 Prozent) gebrauchte Reisemobile und für 900 Millionen Euro (minus 2,3 Prozent) gebrauchte Wohnwagen.

Bei den Neufahrzeugen fiel das Plus mit 0,7 Prozent etwas größer aus. Neue Wohnwagen generierten einen Umsatz von 1,3 Milliarden Euro, das waren 17 Prozent mehr als im Jahr 2021. Gedämpft wurde das Neufahrzeugergebnis durch den verminderten Absatz von Reisemobilen:

Mit neuen Reisemobilen setzte die Branche 2022 rund 6,2 Milliarden Euro um und lag damit rund 2 Prozent unter dem Wert des Vorjahres.

Laut Caravaning Industrie Verband waren stockende Lieferketten und der Mangel an Fahrzeugchassis die Ursache für die beeinträchtigte Produktion und Auslieferung.

So gesehen verwundert es nicht, dass sich in der Campingszene ein neuer Trend ausbreitet: Stealth Camping. Damit ist nichts anderes gemeint, als im normalen Auto mit umgelegter Rückbank auf einer Matratze zu schlafen. In einigen Elektroautos gibt es im Innenraum inzwischen 220-Volt-Steckdosen, die es

ermöglichen, einen kleinen Kühlschrank oder andere Elektrogeräte anzuschließen.

Zum Freizeitfahrzeug werden Autos, die mit Steckdosen und Matratzen ausgestattet sind, damit allerdings nicht: Die Straßenverkehrsordnung verlangt neben einem Bett noch einen Tisch und Sitzplätze, eine Kochgelegenheit sowie „Einrichtungen zur Unterbringung von Gepäck sowie sonstigen Gegenständen“. All dies muss mit Ausnahme des Tisches fest im Fahrzeug angebracht sein.

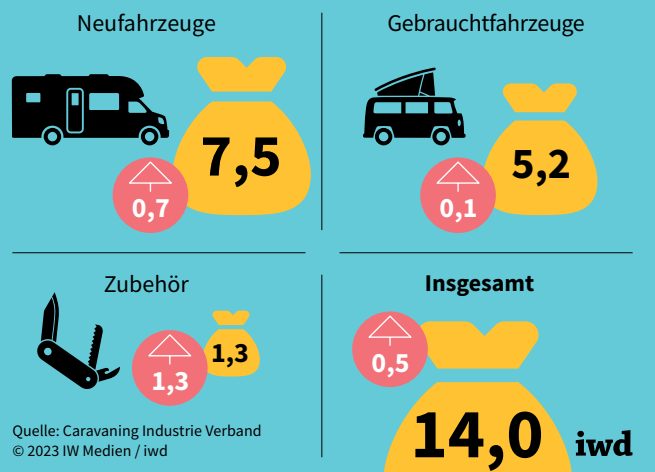
Für so viel Equipment ist in einem normalen Auto kein Platz. Aber gerade darin liegt der Charme des Stealth Camping: unerkannt und unbehelligt an schönen, einsamen Orten übernachten zu können. Genau das ist mit einem richtigen Reise- oder Wohnmobil in Europa kaum noch möglich.

Caravaning: Gefragt wie nie

So viele Milliarden Euro setzte die deutsche Freizeitfahrzeugindustrie im Jahr 2022 um



■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Abgesprochen oder nicht?

Renteneintritt. *Gemeinsam in Rente gehen – das ist das Ziel zahlreicher Paare. Das IW hat nun erstmals untersucht, wie sich Paare in Deutschland tatsächlich verhalten und ob die Rentenanpassungen der vergangenen Jahre einen Effekt auf ihren Eintritt in den Ruhestand haben.*

Wenn du gehst, gehe ich auch: Ein Drittel der Paare in Deutschland will gemeinsam in die Rente starten. Das IW hat nun mithilfe von Daten der Deutschen Rentenversicherung und des Sozio-oekonomischen Panels untersucht, wie genau sie dies umsetzen. Dabei wurde zwischen Paaren, die vor und nach 1947 geboren wurden, unterschieden. Denn Berufstätige, die nach 1947 geboren wurden, sind von der schrittweisen Anhebung des Regelalters auf 67 Jahre betroffen.

Wer früher als mit 67 Jahren in den Ruhestand möchte, muss in Deutschland Abschlüsse in Kauf nehmen – es sei denn, er oder sie hat 45 Jahre Versicherungsjahre in der

Vita stehen. Angesichts dieser seit 2014 möglichen Option könnte man vermuten, dass sich die jüngeren Partner in Beziehungen tendenziell früher aus dem Arbeitsleben verabschieden, um den Ruhestand gemeinsam zu beginnen. Die Daten sprechen dagegen (Grafik):

Bei den nach 1947 geborenen Rentnern geht der jüngere Partner im Schnitt nur gut ein Jahr früher in Rente, als es die Regelaltersgrenze vorsieht – der ältere dagegen fast zwei Jahre.

Bei den Rentnern der Jahrgänge vor 1947 haben dagegen die Jüngeren früher die Arbeit ad acta gelegt.

In vier von fünf Fällen sind Frauen die jüngeren Partner in Paarbeziehungen.

Die jüngeren Rentnerinnen ab dem Jahrgang 1947 haben sich demnach näher an die Altersgrenze herangearbeitet als ihre Männer. Ein Grund könnte die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen sein. Schließlich sind die Abschlüsse und damit die langfristigen Kosten aufgrund eines früheren Ruhestands dadurch für sie sichtbar.

Ins Bild passt auch, dass bei Paaren mit einer Altersdifferenz von einem bis fünf Jahren die jüngeren Rentnerinnen und Rentner seltener paarweise in Rente gehen als ältere Paare. Am größten ist die Differenz bei den Paaren mit einem Altersunterschied von ein bis zwei Jahren:

Während von den vor 1947 geborenen Paaren 33 Prozent gemeinsam in den Ruhestand getreten sind, beträgt der Anteil bei den Jüngeren nur knapp 29 Prozent.

Rentenabschlüsse lassen sich in Deutschland maximal vier Jahre lang beziehen. Somit ist ein gemeinsamer Rentenbeginn für Paare mit einem Altersunterschied von mehr als fünf Jahren schwer umzusetzen. Dementsprechend wählen weniger als 10 Prozent dieser Paarkonstellationen einen solchen Weg.

Renteneintritt: Wandel bei Paaren

Um so viele Jahre gingen Partner in Paarhaushalten durchschnittlich früher in Rente, als es die Regelaltersgrenze vorsah



■ Jüngerer Partner ■ Älterer Partner

Altersabstand	Vor 1947 geboren	1947 oder später geboren
Maximal 1 Jahr	Jüngerer Partner: 2,1 Älterer Partner: 2,2	Jüngerer Partner: 1,7 Älterer Partner: 1,7
1 bis max. 2 Jahre	Jüngerer Partner: 3,0 Älterer Partner: 2,2	Jüngerer Partner: 1,1 Älterer Partner: 1,9
2 bis max. 5 Jahre	Jüngerer Partner: 2,1 Älterer Partner: 1,6	Jüngerer Partner: 1,7 Älterer Partner: 1,9
Mehr als 5 Jahre	Jüngerer Partner: 2,0 Älterer Partner: 1,1	Jüngerer Partner: 1,2 Älterer Partner: 1,9

Menschen, die nach 1947 geboren wurden, sind von der schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze für die Rente betroffen; Datenstand: 2020

Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Aus IW-Trends 1/2023

Ruth Maria Schüler: Renteneintritt von Paaren in Deutschland
iwkoeln.de/renteneintritt

Die Testphase hat begonnen

Künstliche Intelligenz. ChatGPT ist aktuell wohl die populärste Anwendung von künstlicher Intelligenz (KI). Für Wirtschaft und Gesellschaft zeichnen sich viele Vorteile ab, doch Experten warnen vor dem unkontrollierten Einsatz der KI und fordern, sie zu regulieren. Das IW hat nun untersucht, ob Unternehmen in Deutschland ChatGPT bereits verwenden.

Uneingeschränkt nutzen oder erst mal regulieren? Das Programm ChatGPT hat eine hitzige Debatte um den Einsatz von künstlicher Intelligenz ausgelöst. Das größte Problem für die Kritiker: Der Chatbot berechnet nach einer gestellten Frage die wahrscheinlichste Antwort – ohne zu gewährleisten, dass sie korrekt ist.

An anderen Stellen zeigt sich aber bereits das Potenzial der KI-Anwendung. So will Microsoft sie verstärkt in seine Office-Programme einbauen, sodass die Nutzer Besprechungsergebnisse automatisiert zusammenfassen und ausformulierte E-Mails sowie Präsentationen auf Basis von Stichworten erstellen lassen können.

Das IW hat nun die Stellenanzeigen in Deutschland aus dem ersten

Quartal 2023 auf das Wort ChatGPT gescannt. Schließlich brauchen Unternehmen Fachpersonal, wenn sie den Bot zielführend einsetzen wollen. Das Ergebnis (Grafik):

In insgesamt 146 Jobsuchen kam ChatGPT oder eines der dahinterliegenden Sprachmodelle wie GPT-4 vor.

Absolut gesehen ist die Zahl angesichts von Millionen von Stellenangeboten zwar extrem gering – nicht zuletzt aufgrund des spezifischen Suchbegriffs. Dennoch lassen sich aus der Untersuchung einige spannende Erkenntnisse ziehen:

Verlauf. Die Suchergebnisse nahmen von Beginn des Jahres bis Ende März zu. In der ersten Kalenderwoche kam ChatGPT in zwei Stellen-

angeboten vor, in Kalenderwoche 13 waren es schon 27.

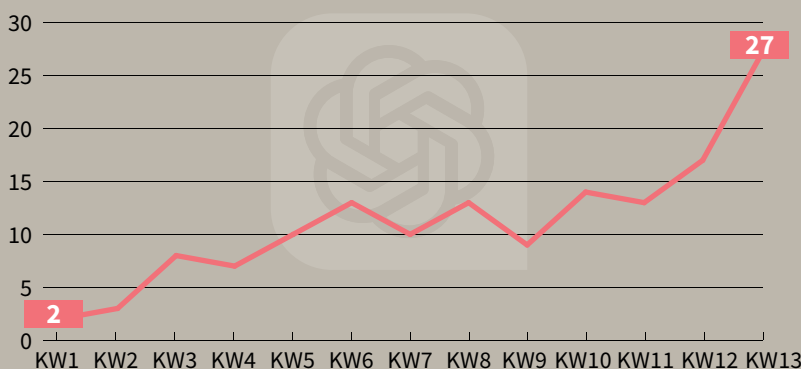
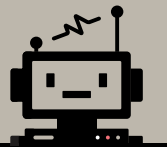
Branchen. 33 Ausschreibungen stammten aus dem Kommunikations- und Informationssektor. Die Hauptziele: mit ChatGPT schneller programmieren und eigene Anwendungen auf Basis des Chatbots entwickeln. Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen suchten in 31 Fällen Personal, um weiter zu generativer KI zu forschen. Über alle Branchen hinweg liegt der Fokus in den Stellenanzeigen aber auf Berufen im Marketing und der Medienkommunikation.

Betriebsgröße. ChatGPT ist leicht zu bedienen und braucht keine umfangreiche technische Infrastruktur. Daher ist es nicht verwunderlich, dass 53 Prozent der Stellenanzeigen von kleinen und mittleren Unternehmen stammten. Start-ups hatten einen Anteil von 27 Prozent an allen Ausschreibungen mit ChatGPT-Bezug.

Beschäftigungsform. Mehr als ein Viertel der offenen Stellen waren Praktika. Über alle Gesuche hinweg liegt ihr Anteil sonst nur bei etwa 4 Prozent. Das deutet darauf hin, dass sich die Unternehmen dem Thema ChatGPT erst einmal langsam und mit geringem finanziellen Risiko nähern.

ChatGPT: Die Nachfrage steigt allmählich

So viele Stellenanzeigen mit ChatGPT-Bezug gab es in Deutschland in diesen Kalenderwochen des Jahres 2023



Analyse von durchschnittlich rund 323.000 Stellenanzeigen pro Kalenderwoche
Quellen: Textkernel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 32/2023

Jan Büchel, Armin Mertens: Wofür Unternehmen ChatGPT einsetzen
iwkoeln.de/chatgpt

Smarte Klimaschützer

Digitalisierung. Ob zu Hause, auf dem Acker, in der Produktionshalle oder im Büro: In fast allen Lebensbereichen können smarte Geräte und Anwendungen für effizientere und klimaschonende Abläufe sorgen. Allerdings muss dafür auch die digitale Infrastruktur vorhanden sein.

Wer kennt das nicht? Auf dem Weg in den Urlaub fällt einem ein: Zu Hause brennt das Licht, die Heizung läuft auf Hochtouren, das Fenster ist noch offen. Solche Fälle sind nicht nur ärgerlich für den Geldbeutel, sondern auch für das Klima. Mit sogenannten Smart Homes könnte dies allerdings schon bald der Vergangenheit angehören.

Smart Homes sind mit intelligenten Geräten und Technologien ausgestattete Häuser oder Wohnungen. Diese lassen sich aus der Ferne steuern, automatisiert betreiben oder für die Ausführung bestimmter Aufgaben programmieren. Allerdings

sind diese Technologien hierzulande noch nicht sonderlich weit verbreitet (Grafik):

Anfang 2022 besaßen gerade mal knapp 10 Prozent der Haushalte in Deutschland smarte Energiemanagementsysteme.

Dabei kann der Einsatz intelligenter Thermostate, smarter Beleuchtung mit Bewegungsmeldern und digitaler Stromzähler (Smart Meter) den Energieverbrauch optimieren und Emissionen reduzieren. Ein intelligentes Thermostat passt etwa die Temperatur automatisch an die Raumbelegung und das Wetter an. Eine Anwesenheitskontrolle verhin-

dert, dass die Heizung weiterläuft, wenn niemand mehr zu Hause ist. Versteckte Stromfresser wie ein vereister Kühlschrank werden von digitalen Stromzählern entdeckt, bevor sie die Stromrechnung in die Höhe treiben können. Der Benutzer erhält in Echtzeit Informationen zu seinem Stromverbrauch.

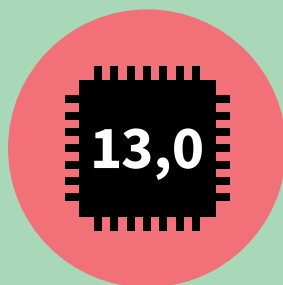
Smart Homes helfen außerdem, einen höheren Anteil erneuerbarer Energien in das Stromnetz zu integrieren, und leisten damit einen entscheidenden Beitrag zu einer klimafreundlichen Energieversorgung. So können Besitzer von Elektroautos ihr Fahrzeug immer

Smarter wohnen: Wenn das Thermostat mitdenkt

So viel Prozent der privaten Haushalte in Deutschland verfügten zu Beginn des Jahres 2022 über diese smarten Geräte

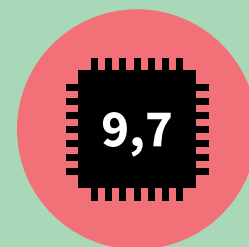
Smarte Haushaltsgeräte

(wie Saugroboter, internetverbundene Kühlschränke, per App programmierbare Waschmaschinen)



Smarte Energiemanagementsysteme

(wie intelligente Thermostate, digitale Stromzähler, Beleuchtung mit Bewegungsmeldern)



Private Haushalte: ohne Selbstständige und Landwirte und ohne Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 17.895 Euro

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2023 IW Medien / iwd

dann laden, wenn gerade besonders viel Ökostrom im Netz ist. Sinkt die Energie aus Wind- und Solaranlagen dagegen, können sie ihren Stromverbrauch reduzieren. Während eine Software den Ladevorgang automatisch steuert, profitieren die Besitzer finanziell und reduzieren mit ihrem Verhalten gleichzeitig den Bedarf an Energie aus klimaschädlichen Gas- oder Kohlekraftwerken.

Smart Homes sind damit ein unverzichtbarer Bestandteil intelligenter Stromnetze, Smart Grids genannt.

Denn das Stromsystem in Deutschland ist im Wandel. Wo früher wenige Großkraftwerke die Versorgung sicherstellten, stehen heute Millionen kleiner, dezentraler Wind- und Solaranlagen, deren Energieproduktion maßgeblich vom Wetter bestimmt wird. Als weitere Variable kommen auf der Seite der Verbraucher immer mehr elektrische Autos und elektrisch betriebene Wärmepumpen hinzu.

Die Herausforderungen für die Betreiber von Stromnetzen werden damit immer größer, denn Angebot und Nachfrage im Stromnetz müssen – wie bei einer Waage – jederzeit im Einklang stehen. Digitale Stromnetze unterstützen dabei, das Zusammenspiel von Erzeugung, Transport und Verbrauch zu optimieren, indem in Echtzeit Erzeugungs- und Verbrauchsdaten sämtlicher Anlagen ausgewertet werden. Auch die Kapazitäten von Stromleitungen lassen sich so möglichst effizient und ressourcensparend ausnutzen.

Im Zusammenspiel mit intelligenten Stromzählern und dynamischen Stromtarifen, bei denen der Preis sich über den Tag je nach Angebot und Nachfrage ändert, entfalten Smart Grids ihr volles Potenzial und tragen damit zum Gelingen der Energiewende bei. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass möglichst

viele Haushalte intelligente Stromzähler besitzen. Bislang ist das nur bei den wenigsten der Fall.

Die Digitalisierung hilft nicht nur Haushalten, Geld und CO₂ zu sparen. Einige Beispiele:

Unternehmen. Auch sie profitieren von digitalen Technologien – wie etwa digitalen Zwillingen. Das sind mittels einer Software erstellte, virtuelle Abbilder von physischen Objekten, Systemen oder Prozessen, die zur Planung, Überwachung oder Wartung eingesetzt werden können. Sie ermöglichen es Betrieben, ihre Abläufe zu optimieren, Ressourcen einzusparen sowie Kosten und Emissionen zu senken.

So kann ein Unternehmen ein digitales Abbild seiner Produktion erstellen und in diesem in zahlreichen Simulationen die effizienteste Betriebsweise identifizieren oder die Testphase neuer Produkte beschleunigen. Der digitale Zwilling lässt sich aber auch für die präventive Wartung einsetzen: Durch die Auswertung von Daten, die mittels Sensoren an den realen Anlagen erfasst werden, können mögliche Probleme erkannt werden, bevor sie auftreten. Dadurch lassen sich Wartungsarbeiten vorausschauend planen sowie Ausfallzeiten und Kosten verringern.

Verkehrssektor. Hier werden unter dem Namen Smart Mobility ebenfalls intelligente Technologien für mehr Effizienz und Nachhaltigkeit eingesetzt. Die digitale Schiene integriert beispielsweise digitale Signal-, Kommunikations- und Steuersysteme, um die Kapazität und Zuverlässigkeit des Schienennetzes zu erhöhen. Durch digitale Stellwerke und neue Leit- und Sicherheitstechnik kann die Pünktlichkeit und damit Attraktivität des Schienenverkehrs zudem gesteigert werden. Auch eine höhere Streckenauslastung durch eine engere Taktung der Züge ist aufgrund der digitalen

Schiene möglich – diese wird aber nicht die Notwendigkeit neuer Infrastrukturen im Schienen- und Straßenverkehr ersetzen.

Logistik. Ein anderes Beispiel für digitale Technologien im Mobilitätssektor ist die intelligente Logistik. Eine Software hilft, Frachträume effizienter zu nutzen und Sendungen und Fahrten automatisch zuzuteilen. Die Digitalisierung unterstützt auf Basis von Echtzeitdaten und Verkehrsanalysen außerdem das Planen und Optimieren von Lieferwegen.

Landwirtschaft. Der Einsatz von Sensoren, Drohnen und GPS-Karten, die in Echtzeit Daten über die Bodenbeschaffenheit, das Pflanzenwachstum und das Wetter liefern, sorgt für höhere Ernteerträge und geringere Dünger- und Pestizidmengen. Anstatt diese Chemikalien gleichmäßig auf einem ganzen Feld auszubringen, können Landwirte mithilfe von Smart Farming in betroffenen Gebieten gezielt und mit variabler Dosiermenge düngen oder spritzen. Künstliche Intelligenz ermöglicht zudem eine automatische Unterscheidung zwischen Kultur- und Unkrautpflanzen.

Damit all diese Technologien flächendeckend in der Praxis zum Einsatz kommen können, muss Deutschland zunächst die Lücken in seiner digitalen Infrastruktur schließen. Und bei all den positiven Auswirkungen der Digitalisierung für das Klima darf nicht vergessen werden, dass die smarten Geräte auch selbst Ressourcen und Energie benötigen – und die stammen derzeit größtenteils noch aus fossilen Quellen.



Wie viel CO₂ lässt sich einsparen, wenn man zu Hause gezielt grünen Strom für die Waschmaschine oder das E-Auto verwendet? Antworten darauf gibt eine IW-Berechnung auf [iwd.de/smartmeter](https://www.iwd.de/smartmeter).

Die wenigsten wollen zurück

Pflegekräfte. Die Personalsituation ist in der Pflegebranche besonders angespannt. Dass dort Beschäftigte zu Zeitarbeitsunternehmen wechseln, lässt Forderungen laut werden, die Zeitarbeit im Pflegesektor einzuschränken oder ganz zu untersagen. Das hätte jedoch fatale Folgen, wie eine IW-Befragung von Zeitarbeitskräften verdeutlicht.

Bewohner von Pflegeeinrichtungen und ihre Angehörigen kennen das: Die Beschäftigten tun ihr Bestes, sind aber oft hoffnungslos überlastet. Kein Wunder, standen doch im April 2023 in der Altenpflege rund 10.000 gemeldeten offenen Stellen nur knapp 4.000 passend qualifizierte Arbeitslose gegenüber. In der Gesundheits- und Krankenpflege belief sich die entsprechende Lücke auf fast 7.000 Fachkräfte. Angesichts des demografischen Wandels dürfte sich die Lage künftig noch verschärfen.

Um die Personallücken zumindest zeitweise zu stopfen, greifen Kran-

kenhäuser und Pflegeheime auf Zeitarbeitskräfte zurück:

Im Juni 2022 hatten Betriebe der Arbeitnehmerüberlassung insgesamt knapp 31.000 Arbeitskräfte in den Berufsgruppen Altenpflege sowie Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe unter Vertrag.

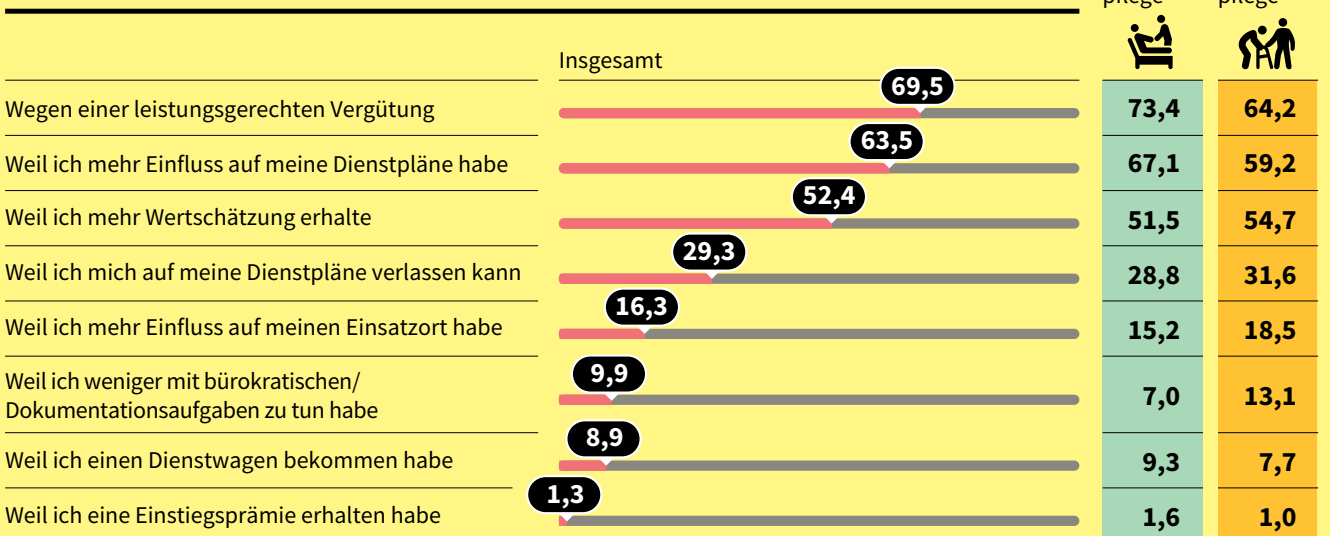
Einige Akteure in der Pflegebranche wie beispielsweise die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) argumentieren allerdings, die Zeitarbeit würde das Fachkräfteproblem noch verschärfen. Der Vorwurf: Die Zeitarbeitsunternehmen werben Arbeits-

kräfte mit Prämien und der Aussicht auf attraktivere Arbeitsbedingungen ab. Die Stammebelegschaften in den Krankenhäusern und Altenheimen stünden dadurch noch mehr unter Druck. Folglich fordert die DKG, die Zeitarbeit in der Pflege und im ärztlichen Dienst weitgehend zu verbieten.

Die Wahl des Beschäftigungsverhältnisses ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung allerdings eine individuelle Entscheidung. Deshalb sollte eine Diskussion über ein Verbot der Zeitarbeit im Pflegesektor nicht geführt werden, ohne die Perspektive

Pflegekräfte: Die Vorteile der Zeitarbeit

So viel Prozent der bei einem Zeitarbeitsunternehmen beschäftigten Pflegekräfte haben sich aus diesen Gründen für die Zeitarbeit entschieden



Befragung von 3.119 Zeitarbeitskräften im Gesundheits- und Pflegebereich im Januar und Februar 2023
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

der Zeitarbeitskräfte zu kennen. Hierzu hat das Institut der deutschen Wirtschaft nun die in der Zeitarbeit beschäftigten Pflegekräfte befragt. Die wichtigsten Ergebnisse:

• **Wege in die Zeitarbeit.** Fast 80 Prozent der Zeitarbeitnehmer waren zuvor in einer Gesundheits- oder Pflegeeinrichtung angestellt. Auf die Möglichkeit eines Zeitarbeitsverhältnisses wurde gut jeder dritte Befragte von Freunden oder Bekannten aufmerksam gemacht. Weitere relevante Anlässe für einen Wechsel in die Zeitarbeit waren Stellenausschreibungen der Zeitarbeitsfirmen oder Medienberichte. Nur etwa 3 Prozent der Befragten gaben an, aktiv von einem Zeitarbeitsunternehmen abgeworben worden zu sein.

• **Motive für die Zeitarbeit.** Der Wechsel in den Status eines Zeitarbeitnehmers hat für die Pflegekräfte offenbar handfeste Vorteile (Grafik):

Rund sieben von zehn Befragten haben sich für eine Zeitarbeitsfirma entschieden, weil sie sich dort leistungsgerecht bezahlt fühlen. Fast zwei Drittel führen den größten Einfluss auf ihren Dienstplan als Motiv an.

Eine Einstiegsprämie als mögliches „Lockmittel“ spielte so gut wie keine Rolle, wohl aber die größere Wertschätzung, die Arbeitnehmer in der Zeitarbeit erfahren.

• **Übernahmeangebote.** Während die Befragungsergebnisse den Vorwurf entkräften, die Zeitarbeitsunternehmen würden gezielt Pflegekräfte abwerben, bieten viele Einrichtungen im Gesundheits- und Pflegesektor ihrerseits den Zeitarbeitnehmern explizit eine Übernahme an:

Sechs von zehn im Gesundheits- und Pflegesektor tätigen Zeitarbeitskräften haben von ihrem Einsatzbetrieb ein Übernahmeangebot erhalten.

Die Tatsache, dass die Befragten nach wie vor für ein Zeitarbeitsunter-

nehmen tätig sind, spricht für die dortigen Arbeitsbedingungen. Vor allem jene, die wegen zuvor fehlender Wertschätzung und zu wenig verlässlicher Dienstpläne den Weg in die Zeitarbeit gefunden haben, sind für die Übernahmeofferten von Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen unempfindlich.

• **Folgen eines Verbots der Zeitarbeit.** Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass eine stärkere Regulierung oder gar ein Verbot der Zeitarbeit in der Pflege viele Betroffene zu einem radikalen Schritt veranlassen würde (Grafik):

Wenn sie nicht mehr wie bisher als Zeitarbeitskräfte im Pflegebereich tätig sein dürften, würden 55 Prozent der Befragten den Beruf wechseln, 11 Prozent würden sogar die Erwerbstätigkeit aufgeben.

Nur 18 Prozent nähmen die Einschränkung der Zeitarbeit zum Anlass, wieder als Angestellte in ein Krankenhaus oder eine Pflegeeinrichtung zurückzukehren.

Vor allem von den fortgebildeten oder akademisch qualifizierten Arbeitskräften würden viele den Pflegeberuf hinschmeißen. Das sind aber gerade die Beschäftigten, die von den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern stark umworben werden.

Die Befragungsergebnisse sprechen also dafür, dass eine striktere Regulierung der Zeitarbeit die Personalengpässe in der Pflege weiter verschärfen würde. Die Arbeitgeber in diesem Bereich, aber auch die Politik sind demnach gefordert, alternative Wege zu finden, um die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen zu verbessern und dadurch mehr Menschen für diese Tätigkeiten zu gewinnen.

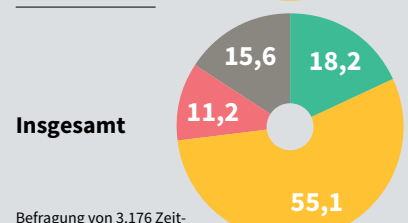
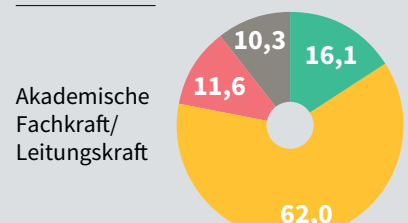
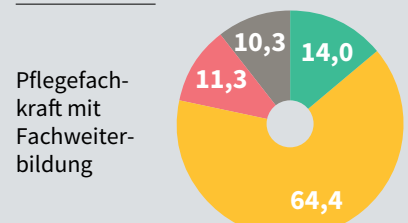
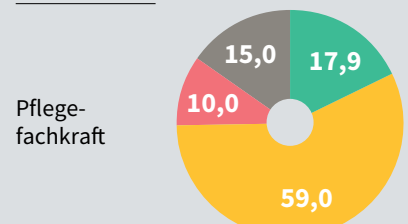
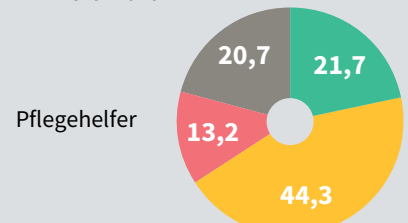
Gutachten

Holger Schäfer, Oliver Stettes: Zeitarbeiterbefragung – Zeitarbeit in der Pflegebranche iwkoeln.de/zeitarbeiterbefragung

Pflegekräfte: Zeitarbeitsverbot würde viele aufgeben lassen

Sollte der Gesetzgeber die Zeitarbeit in der Pflege einschränken oder verbieten, würden so viel Prozent der bei einem Zeitarbeitsunternehmen beschäftigten Pflegekräfte ...

- ... als angestellte Arbeitskraft in einem Krankenhaus/einer Pflegeeinrichtung arbeiten
- ... in einem anderen Tätigkeitsbereich arbeiten
- ... nicht mehr erwerbstätig sein
- Weiß nicht



Befragung von 3.176 Zeitarbeitskräften im Gesundheits- und Pflegebereich im Januar und Februar 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd

Vom Ablehnen und Anleihen

Tarifbindung. Seit 150 Jahren gibt es Flächentarifverträge in Deutschland. Das IW hat nun untersucht, warum Unternehmen auch heute noch an den Rahmenvereinbarungen festhalten und welche Rolle Tarife auch für nicht tarifgebundene Betriebe spielen.

Einschaltung des Arbeitsgerichts bei der Bahn, Warnstreiks im öffentlichen Dienst, im Handel oder in der Süßwarenindustrie, Urabstimmung bei der Deutschen Post – in diesem Jahr ringen Gewerkschaften und Arbeitgeber heftig um Tarifabschlüsse. Aber auch wenn die Tarifpolitik aufgrund der hohen Inflation und den daraus resultierenden Lohnforderungen gerade medial im Fokus steht, darf eines nicht in Vergessenheit geraten – die Bindung an Tarifverträge in Deutschland hat seit den 1990er Jahren stark nachgelassen:

War in Westdeutschland damals noch mehr als jeder zweite Betrieb an einen Flächentarifvertrag gebunden, lag der Anteil im Jahr 2021 nur noch bei 25 Prozent.

In Ostdeutschland verringerte sich die Tarifbindung von zwischenzeitlich fast 30 auf 15 Prozent.

Bereits im Jahr 2014 wollte die damalige Große Koalition unter Führung der Union diesem Trend entgegenwirken und verabschiedete das sogenannte Tarifautonomiestärkungsgesetz, das unter anderem den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn etablierte.

Die Ampel-Parteien beabsichtigen nun, mit einem Bundestariftruesgesetz die Tarifbindung zu stärken. Die Idee hinter der neuen Initiative:

Öffentliche Aufträge werden künftig an die Einhaltung tarifvertraglicher Regelungen gekoppelt.

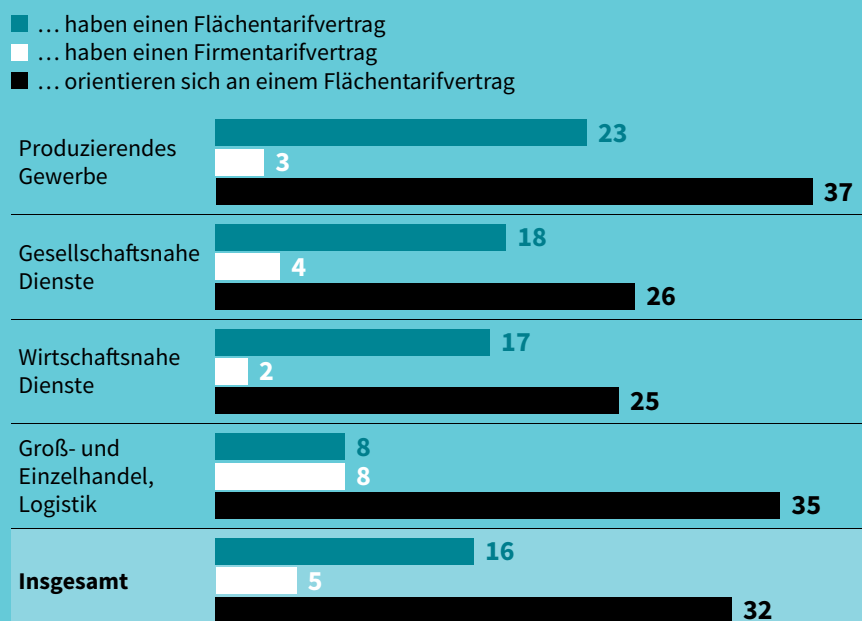
Die Politik will dadurch Druck auf die Unternehmen ausüben, sich einem Flächen- oder Haustarif anzuschließen. Sie vergisst allerdings, entscheidende Fragen zu

stellen: Wie attraktiv ist eine Tarifbindung für Firmen überhaupt?

Um diese Frage zu beantworten, hat das Institut der deutschen Wirtschaft die Antworten von fast 800 Unternehmen ausgewertet, die im Rahmen des IW-Personalpanels im Frühjahr 2022 erhoben wurden. Die

Tarifbindung: In der Industrie am höchsten

So viel Prozent der Unternehmen dieser Branchen in Deutschland ...



Gesellschaftsnahe Dienste: unter anderem Gesundheits- und Sozialwesen;
Wirtschaftsnahe Dienste: unter anderem Gastgewerbe, Banken und Kommunikationssektor
Befragung von 251 Unternehmen im Rahmen des IW-Personalpanels im Frühjahr 2022

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Ergebnisse bestätigen zunächst, dass die Tarifbindung in Deutschland generell nicht mehr allzu stark ausgeprägt ist (Grafik Seite 12):

21 Prozent der Unternehmen sind tarifgebunden – 16 Prozent davon an einen Flächentarifvertrag und 5 Prozent an einen Haustarifvertrag.

Das Interessante: Knapp ein Drittel der befragten Firmen hat zwar keinen Flächentarifvertrag, orientiert sich aber an einem. Somit ist der tarifliche Einfluss deutlich größer als zunächst erkennbar. Insgesamt bieten die Rahmenverträge demnach mehr als der Hälfte aller Betriebe eine unternehmerische Hilfe.

Eine vergleichsweise hohe Tarifbindung gibt es im Produzierenden Gewerbe mit 26 Prozent, im Sektor Groß-/Einzelhandel und Logistik trifft das dagegen nur auf 16 Prozent der befragten Unternehmen zu. Grundsätzlich nutzen größere Firmen häufiger Tarifverträge oder orientieren sich an ihnen. In der Befragung galt das für 82 Prozent der Unternehmen mit 250 oder mehr Mitarbeitern. Von den Betrieben mit bis zu 50 Mitarbeitern hatte nur gut die Hälfte einen Tarifvertrag oder lehnte sich an die Regeln eines bestehenden an.

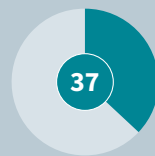
Grundsätzlich gilt: Der Vorteil einer Tarifbindung lässt sich nicht objektiv messen. Von daher ist es wichtig zu erfahren, aus welchen Motiven sich Arbeitgeber auf Tarife einlassen. Im Rahmen des IW-Personalpanels haben sich 201 an einen Flächentarif gebundene Unternehmen dazu geäußert. Das Ergebnis (Grafik):

Für 37 Prozent bietet die eigene Tarifbindung eine sichere Kalkulationsgrundlage.

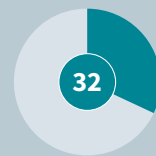
Ein zusätzliches Motiv ist für ein knappes Drittel, dass standardisierte Löhne und Arbeitszeiten die Gefahr verringern, Fachkräfte durch Abwerbungen zu verlieren. Weitere wichti-

Tarifbindung: Sichere Kalkulation ist wichtigstes Motiv

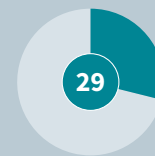
So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland, die einen Flächentarifvertrag nutzen, tun dies aus folgenden Gründen



37
Sichere Kalkulationsgrundlage



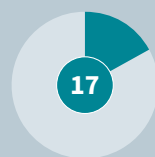
32
Fachkräftesicherung durch standardisierte Löhne



29
Tradition



28
Konfliktvermeidung



17
Einsparen von Transaktionskosten



11
Einflussnahme auf Regelungen des Flächentarifvertrags



11
Sicherung der Wertschöpfungskette



4
Druck der organisierten Belegschaft

Befragung von 201 Unternehmen im Rahmen des IW-Personalpanels im Frühjahr 2022

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

ge Gründe für den Tarifvertrag sind Tradition (29 Prozent) und die Möglichkeit, Konflikte auf der überbetrieblichen Ebene zu regeln und sie dadurch aus dem eigenen Betrieb herauszuhalten (28 Prozent). Druck, den etwa die Forderungen der Gewerkschaft oder der organisierten Belegschaft ausüben, spielt dagegen eine untergeordnete Rolle.

Die intrinsische Motivation der Unternehmen, durch die Tarifbindung Fachkräfte im Unternehmen halten zu können, dürfte sich angesichts der wachsenden Fachkräftelücke in den kommenden Jahren erhöhen.

Der Fachkräftemangel wird sich auch auf die nicht tarifgebundenen Unternehmen auswirken. Es ist zu erwarten, dass sie sich künftig noch stärker am Tariflohn orientieren, um im Wettkampf um die besten Arbeitskräfte mithalten zu können. Denn die Löhne in tarifgebundenen Betrieben

sind im Durchschnitt etwas höher. Eine zunehmende Orientierung an Tariflöhnen muss aber nicht bedeuten, dass sich Betriebe ohne Tarifvertrag auch für den Einstieg in einen Flächentarifvertrag entscheiden.

Die politische Debatte sollte sich daher davon lösen, auf die formale Flächentarifbindung zu schauen. Auch eine Haustarifbindung oder eine Orientierung am Flächentarifvertrag kann zu fairen Arbeitsbedingungen führen – zumal die tarifgebundenen Unternehmen aufgrund von Öffnungsklauseln, die es ihnen erlauben, in einzelnen Punkten vom Tarifvertrag abzuweichen, keinesfalls eine homogene Gruppe darstellen.

IW-Report 29/2023

Carolin Denise Fulda, Hagen Lesch:
Motive für Tarifbindung
iwkoeln.de/tarifbindung_motive

Freie Presse in Not

Medien. Deutschland ist in der Rangliste der Pressefreiheit weiter abgerutscht – auch aufgrund einer Rekordzahl an Übergriffen auf Medienschaffende im vergangenen Jahr. Ein Großteil der Bevölkerung hierzulande steht den etablierten Medien aber weiterhin wohlgesonnen gegenüber und verlässt sich auf ihre Berichterstattung. Kritikpunkte gibt es trotzdem.

In der Türkei werden massenhaft Reporter festgenommen, Russland unterdrückt die unabhängige Berichterstattung, in China sitzen mehr als 100 Journalisten im Gefängnis. Krisen, Kriege und ein sich ausbreitender Autoritarismus haben dazu geführt, dass es um die globale Pressefreiheit so schlecht bestellt ist wie seit Langem nicht mehr.

Die Rangliste der Pressefreiheit 2023 unterstreicht die prekäre Lage. Mit „gut“ bewertet die Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen die Situation in nur acht Staaten weltweit – 18 weniger als zehn Jahre zuvor. In 31 Ländern gilt die Lage als sehr ernst, insgesamt sind die Arbeitsbedingungen für Medienschaffende in rund 70 Prozent der 180 untersuchten Länder problematisch. Deutschland gehört mit dem Attribut „zufriedenstellend“ zu den anderen 30 Prozent, gibt aber kein rundum gutes Bild ab (Grafik):

Im Ranking der Pressefreiheit 2023 rutscht die Bundesrepublik im Vergleich zum Vorjahr um fünf Plätze auf Rang 21 ab.

Das liegt zum einen daran, dass sich einige Länder überdurchschnittlich verbessert haben und damit an Deutschland vorbeigezogen sind. Ein Beispiel ist Tschechien, wo unabhängige Informationsangebote, die als Reaktion auf die hohe Konzentration großer Mediengruppen aus der Taufe

gehoben wurden, auf dem Vormarsch sind. Und in den Niederlanden zerschlugen die Behörden ein Verbrechersyndikat, das für mehrere












Mordversuche an Journalisten verantwortlich ist.

Deutschland ist aber auch deshalb im Ranking abgerutscht, weil es

(Un-)freie Presse

Länder mit den besten und schlechtesten Platzierungen im Ranking der Pressefreiheit 2023 auf einer Skala von 0 bis 100; je höher der Indexwert, desto höher die Pressefreiheit

Die Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen errechnet die Werte aus der Zahl der Übergriffe auf Journalisten in den Ländern sowie einem jährlich von Spezialisten für Pressefreiheit ausgefüllten Fragebogen mit 117 gewichteten Fragen in den Kategorien politischer Kontext, rechtlicher Rahmen, wirtschaftlicher Kontext, soziokultureller Kontext und Sicherheit

	Indexwert	Rangänderung gegenüber 2022
 1. Norwegen	95,2	0
 2. Irland	89,9	+4
 3. Dänemark	89,5	-1
 4. Schweden	88,2	-1
 5. Finnland	87,9	0
...		
 21. Deutschland	81,9	-5
...		
 176. Turkmenistan	25,8	+1
 177. Iran	24,8	+1
 178. Vietnam	24,6	-4
 179. China	23,0	-4
 180. Nordkorea	21,7	0

Quelle: Reporter ohne Grenzen
© 2023 IW Medien / iwd

2022 am Rande von Demonstrationen eine Rekordzahl an Übergriffen auf Reporterinnen und Reporter gab. Insgesamt dokumentierte Reporter ohne Grenzen 103 körperliche Angriffe – rund 85 Prozent davon in verschwörungsideologischem, antisemitischem oder rechtsextremistischem Kontext.

Die Übergriffe bilden die unrühmliche Spitze des Argwohns einer kleinen Bevölkerungsgruppe gegenüber den etablierten Medien. Dieses Misstrauen verdeutlichen die neuesten Ergebnisse der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf aus dem Dezember 2022:

14 Prozent der Bundesbürger stimmten der Aussage zu, die Bevölkerung in Deutschland werde von den traditionellen Medien systematisch belogen.

Dass die traditionellen Medien mit der Politik Hand in Hand arbeiten, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren, bejahte sogar jeder Fünfte.

Gesamtgesellschaftlich liegt das Medienvertrauen in Deutschland allerdings auf einem hohen Niveau. So gab rund die Hälfte der Bundesbürger an, den Medien bei wichtigen Themen uneingeschränkt zu vertrauen. Je nach Medium variiert das Vertrauen allerdings stark (Grafik):

62 Prozent der Bundesbürger bewerten die Inhalte des öffentlich-rechtlichen Fernsehens als vertrauenswürdig – nur rund ein Fünftel sagt dies über die privaten Sender.

Ein ebenfalls überdurchschnittliches Vertrauen gibt es in die Angebote von lokalen und überregionalen Zeitungen. Auf Informationen in Boulevardzeitungen verlassen sich dagegen nur 4 Prozent der Befragten.

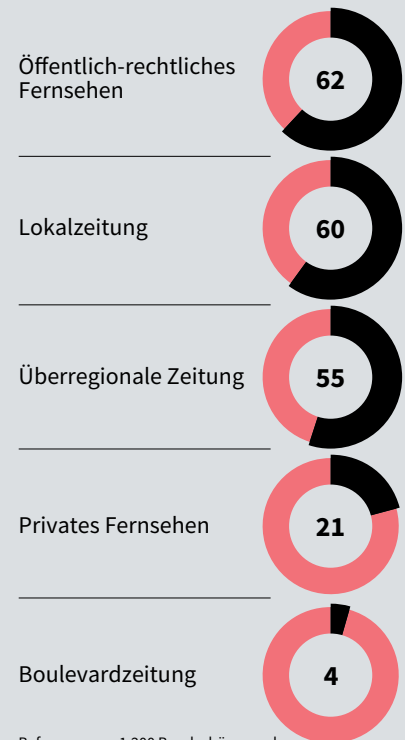
Damit wird dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen unter den verschiedenen Informationsquellen zwar das meiste Vertrauen entgegengebracht, jedoch weniger als in den Jahren zuvor. Noch nie seit Beginn der Langzeitstudie schenkten anteilig so wenige Bundesbürger ARD, ZDF und den dritten Programmen grundsätzlich Glauben. 2020 waren es noch 8 Prozentpunkte mehr.

Das liegt gar nicht so sehr an den ausgestrahlten Inhalten. 72 Prozent der Bundesbürger halten die Informationsangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) für wichtig, rund zwei Drittel attestieren den Sendern einen bedeutsamen Beitrag zur Demokratie in Deutschland. Kritikpunkt sind vielmehr die Strukturen der Sender: 40 Prozent der Befragten sind der Meinung, der ÖRR sei zu aufgebläht und bürokratisch. Bemängelt wird zudem, dass verschwenderisch mit den Rundfunkbeiträgen umgegangen werde und die Sender zu eng mit der Politik verflochten seien.

Ob sich jemand auf den ÖRR verlässt, hängt zu einem gewissen Teil auch von sozio-ökonomischen Merkmalen ab. In den westdeutschen Bundesländern ist der Anteil jener Personen, die den Informationen vertrauen, mit 66 Prozent deutlich höher als in den ostdeutschen (41 Prozent). Ähnlich groß ist der

Medien: Größtes Vertrauen in öffentlich-rechtliche Angebote

So viel Prozent der Bundesbürger bewerten die Inhalte dieser Medienformate als vertrauenswürdig



Befragung von 1.200 Bundesbürgern ab 18 Jahren im Dezember 2022

Quelle: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen © 2023 IW Medien / iwd

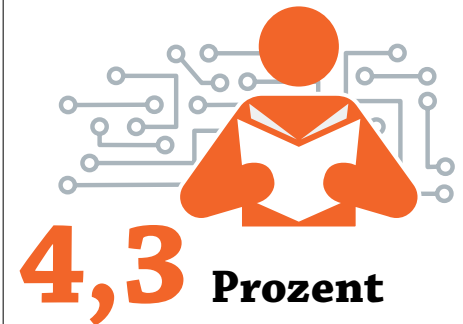


Unterschied zwischen Menschen mit Abitur (78 Prozent) und mit Hauptschulabschluss (56 Prozent). Und auch mit Blick auf die politische Präferenz zeigt sich ein starkes Gefälle: Unter Wählern der Grünen ist das Vertrauen in die Sendeanstalten mit 84 Prozent am höchsten, bei AfD-Anhängern mit 18 Prozent mit großem Abstand am niedrigsten.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
 Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche

weniger Studenten als ein Jahr zuvor haben sich im Wintersemester 2021/2022 im Fach Elektrotechnik an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Seit 2018 ist die Zahl der Studienstarter in diesem Fach bundesweit sogar um rund 28 Prozent gesunken. Offenbar verbinden Schulabgänger den Studiengang mit dem Aufbauen von Festtagsbeleuchtung und Hausmeister-tätigkeiten. Dabei brauchen die Unternehmen in Deutschland viele ausgebildete Elektrotechnik-fachkräfte, um Digitalisierung, Elektromobilität und Energiewende voranzutreiben. Jährlich entstehen etwa 6.000 neue Stellen. Zugleich gehen jedes Jahr rund 13.200 Elektrotechniker in den Ruhestand.

Es gilt also, mehr Jugendliche für ein Elektrotechnikstudium zu begeistern. Vor allem bei den bislang stark unterrepräsentierten Mädchen – im Wintersemester 2021/22 betrug der Anteil der Frauen an allen Elektrotechnikstudenten nur 14 Prozent – schlummert noch Potenzial.

Ohne verstärkte Zuwanderung wird sich die wachsende Fachkräftelücke trotzdem nicht schließen lassen.

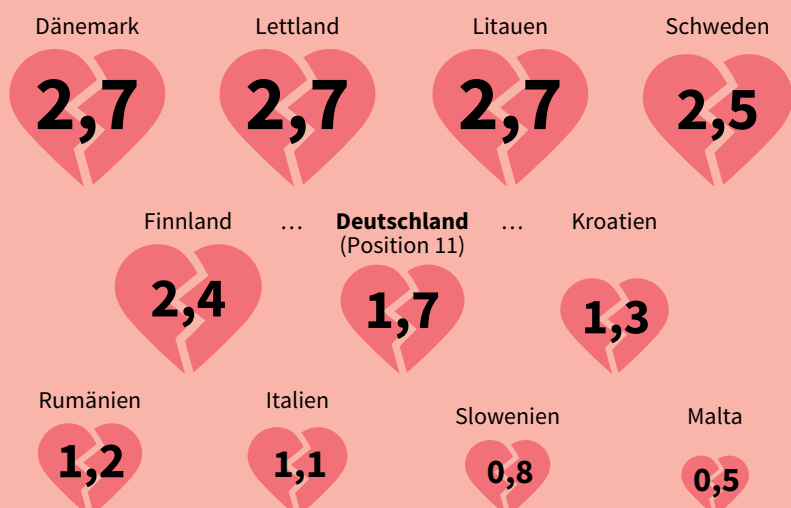
Bereits heute stammen viele Elektrotechnikstudenten aus dem Ausland, allein 10 Prozent kommen aus China. Allerdings möchten die meisten chinesischen Studenten später zurück in ihr Heimatland. Mehr ausländische Studenten nach ihrem Abschluss im Land zu halten, ist also eine wichtige Aufgabe von Politik und Wirtschaft.

Top-Liste: Ehe-Aus in der EU

In manchen Dingen ist Deutschland im europäischen Vergleich ziemlich durchschnittlich, so auch bei den Scheidungsraten. Im Jahr 2020 – das ist der jüngste verfügbare Wert – kam die Bundesrepublik auf 1,7 amtlich dokumentierte Trennungen je 1.000 Einwohner. Das bedeutete Position elf im EU-weiten Ranking. Deutlich scheidungsfreudiger sind die Einwohner der EU-Mitglieder Dänemark, Lettland und Litauen. Alle drei Länder verzeichneten zuletzt 2,7 Trennungen je 1.000 Einwohner. Verheiratete Paare in Italien, Slowenien und Malta lassen sich am seltensten in der EU scheiden. In Deutschland sinkt die Scheidungsrate seit Jahren langsam, aber stetig: Im Jahr 2009 registrierte die amtliche Statistik noch 2,3 Scheidungen je 1.000 Einwohner.

Wenn nicht der Tod scheidet

So viele Scheidungen je 1.000 Einwohner gab es 2020 in diesen EU-Ländern



Quelle: Eurostat
© 2023 IW Medien / iwd

iwd